

Die AANO empfiehlt die Diskussionsveranstaltung des GEGENSTANDPUNKT:

Von der verweigerten Unterschrift unter ein Assoziierungsabkommen zu einem weltpolitischen Konflikt ersten Ranges:

Was lässt sich an dem Fall Ukraine lernen?

Vortrag & Diskussion

Dienstag, 06. Mai 2014, 19.30 Uhr · Werkhof, Gaußstr. 25/Ecke Nernstweg

1.

Beide Seiten im Konflikt um die Ukraine berufen sich bei ihrem Agieren auf höhere, auch für die andere Seite gültige Rechte – und verstehen sich ohne weiteres darauf, diese Berufung bei ihren Kontrahenten als Heuchelei zu entlarven: Ob nun die USA und die EU das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ ins Feld führen, das den von ihnen protegierten Regierungsumsturz gebieten soll oder ob Russland aus seinem Recht auf „Schutz der russischstämmigen Bevölkerung“ die Pflicht zur Aneignung der Krim folgen lässt – jedes mal ist für die andere Seite klar: *Denen* geht es doch *bloß* um ihre Machtinteressen! Die anderen *verletzen* also immerzu das Völker- und andere Rechte – während „wir“ ganz selbstverständlich *rechtmäßig* handeln... Bevor man da der einen einen oder anderen Seite zustimmt, sollte man sich besser fragen, warum Staaten eigentlich so scharf darauf sind, ihre *Interessen als Rechte* zu behaupten, und was die Leistung dieser Gleichung ist...

2.

Ein Großteil (nicht nur) der deutschen Öffentlichkeit ist sich einig darüber, dass Putin mit seinem „Großmachtwahn“ unsere schöne *Weltordnung*

stört oder gar kaputtmacht. Ob es angebracht ist, für diese Einrichtung – einfachheitshalber mit dem Argument: „Wo kämen wir denn sonst hin!“ – Partei zu ergreifen, wird sich mit der Überlegung klären lassen, was *Inhalt* und *Zweck* dieses monströsen Instituts ist: *Wer* „ordnet“ diese Welt warum und wozu? Warum ist diese Weltordnung ohne militärische Absicherung nicht zu haben und braucht dafür ein ganzes Militärbündnis namens NATO? Wieso droht diese Ordnung wegen der Besetzung einer Halbinsel im Schwarzen Meer zu zerbrechen? Warum *stört* Putin mit seinem Russland aktuell die Weltordnung – und warum *stört er sich* an ihr?

3.

Die *deutsche Regierung*, die den Regierungsumsturz in der Ukraine und deren Ausrichtung auf Europa maßgeblich vorangebracht hat, hält einerseits die Entfaltung „politischen Drucks“ und ein wirtschaftliches Sanktionsregime gegen ein Russland, das aus der Reihe tanzt, für durchaus geboten; Putin wird ausgiebig die andere Seite der „Wirtschaftsbeziehungen“ erläutert, die sonst, nämlich bei gutem Benehmen Russlands, die „Partnerschaft“ fördern: Jetzt wird deren Gebrauch als politischer Erpressungshebel ins Kalkül gezogen →

Ukraine ... Fortsetzung von Seite 1

und dem Gegner im Kreml die Schädigung vorge-rechnet, die der russischen Wirtschaft bei einer Aufkündigung der Wirtschaftsbeziehungen ins Haus steht. Gleichzeitig mehren sich die Warnungen vor einer zu rigorosen Sanktionspolitik, weil Deutschland sich damit nicht nur wirtschaftlich sondern auch politisch womöglich selbst schädige, besonders seine Einflusshebel auf Russland:

Andererseits nämlich bestehen Merkel und ihr Außenminister immerzu darauf, bei aller Feindseligkeit den „Dialog mit einem schwierigen Partner“, auf den besonders Deutschland spezialisiert ist, nicht aufzukündigen. Diese hauptsächlich an die Adresse der USA ergehende Mahnung wird ergänzt um die Feststellung, dass es in der „Ukraine-

Krise“ nur eine „politische Lösung“ geben kann, und jede militärische Austragung des Konflikts zwischen NATO und Russland unbedingt vermieden werden muss.

Alles Dokumente eines „konfliktscheuen Europas“ und seiner Vormacht Deutschland, das von Putin „vor sich hergetrieben wird“ („Die Welt“, 21.4.) – oder woher rührt der Vorbehalt von Merkel, Steinmeier & Co gegen eine *Konsequenz*, die sie offenbar in der „Ukraine-Krise“ angelegt sehen?

P.S. Lektüretipp: Europa geht bis an die Grenzen seiner friedlichen Eroberung und darüber hinaus:

Wem gehört die Ukraine?

In: GEGENSTANDPUNKT 1-14, S. 47-73.

Neu im Buchhandel

Margaret Wirth/Wolfgang Möhl „Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“ ... Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen ARBEIT und REICHTUM

Alle brauchen Arbeit – viele finden keine. Man kann das für ein *soziales Problem* halten und sich vorstellen, „Beschäftigungsförderung“ wäre die passende Antwort, mit staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und einer Senkung der Lohnnebenkosten, mit der „Schaffung von neuen Arbeitsplätzen“ durch Teilzeit- und Leiharbeit, oder wie auch immer. Über eine gewisse Absurdität muss man sich dabei allerdings schon hinwegsetzen: Wenn es nicht mehr so viel zu tun gibt, das Nötige von weniger Leuten in kürzerer Zeit zu erledigen ist – warum braucht dann überhaupt jeder Arbeit und so viele vollgepackte Arbeitsstunden, um leben zu können? Dass weniger Arbeit ersparte Mühe bedeutet: Warum gilt die Gleichung nicht?

Es liegt eben doch noch etwas anderes vor als eine „soziale Problemlage“, und jeder weiß auch was: Dass so viele Leute keine Arbeit finden, liegt an einem *ökonomischen Problem*. Arbeit unterbleibt, wenn sie nicht rentabel ist, wenn sie dem Unternehmen, in dem und für das sie stattfindet, nicht genügend Geldertrag einbringt. Wenn das so ist, dann findet Arbeit aber auch nur deswegen statt, *weil* und *damit* sie ei-

nem Unternehmen Gelderträge verschafft. Aus keinem anderen Grund unterbleibt sie dann eben auch, wenn sie nämlich nicht genügend Geld bringt.

Man sollte deswegen auch nicht die Rede vom sozialen Problem „Arbeitslosigkeit“ für die Sache nehmen und mehr Anstrengungen für „Beschäftigung“ einklagen. Die Absurdität des Systems, der Grund seiner Schädlichkeit für die Masse seiner Insassen, liegt nicht darin, dass Arbeit *nicht* stattfindet, *wenn* sie *nicht* rentabel ist, sondern dass sie *stattfindet*, *weil* es um Rentabilität geht. Seine soziale Gemeinheit beginnt nicht damit, dass die Leute, die Arbeit brauchen, oft keine finden; sie besteht schon darin, dass sie eine bezahlte *Arbeit brauchen*. Dass sie dann noch nicht einmal sicher sein können, eine zu finden, folgt daraus von ganz allein.

132 Seiten, Format A5

Fadensiegelung mit Efalinkarton

€ 10,-

ISBN 978-3-929211-14-6

Das Buch ist auch als Ebook erhältlich

V.i.S.d.P.: H. Schuller, Hohenesch 56, 22765 Hamburg